



6 | Digitalisierung

Gigabit-Netze ausbauen

Gigabit-Netze für Industrie und Gewerbe als Basis künftigen Wohlstands

Gigabit-Netze sind das Rückgrat der digitalen Transformation. Digitale Anwendungen, neue Geschäftsmodelle und mobiles Arbeiten sind ohne funktionierende Netze nicht denkbar. Die Herausforderungen zum Ausbau dieser Netze sind vielfältig. Sie müssen konkret vor Ort und rasch bewältigt werden, damit überall in Hessen lokale Wirtschaftsstandorte mit den digitalen Vorreitern in Asien und Amerika mithalten können. Zudem kann die Digitalisierung dazu beitragen, die Landflucht zu verlangsamen oder perspektivisch sogar zu stoppen.

Kommunalpolitiker sollten in der Öffentlichkeit das Bewusstsein schärfen, dass der Breitbandausbau vor allem für gewerbliche und industrielle Anwendungen existentiell wichtig ist. Anforderungen an Gigabit-Netze, z.B. von Industrieanwendungen, gehen über die Download-Geschwindigkeit (Mbit/s) hinaus. Industrietaugliche Netze sind auf hohe Qualität angewiesen, d.h. sie erfordern oftmals symmetrische Übertragungsraten (Up- und Downloadgeschwindigkeit) im Gigabit-Bereich, mit niedrigen Latenzzeiten und seltenen Störungen. Diese Qualität ist nötig, damit Anwendungen für Industrie 4.0., z.B. Echtzeit-Industriesteuerung, umsetzbar sind.

Mobilfunknetze der 5. Generation, glasfaserbasierte Netze möglichst bis ins Haus und in die Wohnungen (FTTB/H) sowie vergleichbare leistungsfähige Anschlüsse müssen überall Bestandteile des Gigabit-Angebots sein.

Ausbau von Gigabit-Netzen beschleunigen

Durchschnittlich dauert es zwei bis acht Monate, bis die Baugenehmigung für einen Mobilfunkmast erteilt wird und evtl. ein Funkloch geschlossen wird. Das ist zu lange. Damit Gigabit-Netze schneller verfügbar sind, müssen Planungen, Genehmigungen und Bau der Anlagen und Netze beschleunigt werden. Die kommunalen Parlamentarier müssen sich dafür einsetzen, dass langwierige Antrags- und Genehmigungsprozesse in Kommunen für Wegerecht, Standorte und Baustellen vereinfacht und standardisiert werden. Überdies sollten sie die örtlichen Bundestags- und Landtagsabgeordnete auffordern, Planungsbeschleunigungsgesetze zu verabschieden.

Genügend Personal in Ämtern für Genehmigungen vorhalten

Die technische und wettbewerbliche Dynamik darf nicht durch Personalmangel auf Ämtern gebremst werden. Personelle Mehrbedarfe in Genehmigungsbehörden müssen gedeckt werden. Die kommunalen Parlamente sollten in den Etats genügend Planstellen vorsehen.

Werben für den Netzausbau

Die kommunalen Parlamentarier sollten Bürgerinitiativen, die unbegründete Ängste vor dem Netzausbau schüren, öffentlich klar widersprechen. Sie sollten verdeutlichen, dass keine gesundheitlichen Risiken bestehen. Sie sollten betonen, dass Wohlstand und Wertschöpfung von morgen den Netzausbau heute erfordern.

Förderung des Gigabit-Ausbaus nur in Ausnahmefällen

Gewerbegebiete müssen prioritär an das Glasfasernetz angeschlossen werden. Der privatwirtschaftliche Ausbau hat Vorrang vor geförderten Projekten. Nur in Gewerbe- und Industriegebieten, in denen kein eigenwirtschaftlicher Ausbau möglich ist, sollten Gigabit-Netze technik- und anbieterneutral von den Kommunen gefördert werden.

Öffentliche W-LAN-Hotspots einrichten

Alle Städte und Gemeinden sollten den Ausbau von öffentlich verfügbaren W-LAN-Zugängen (W-LAN-Hotspots) vorantreiben. In Kooperation mit privaten Partnern sollen die Kommunen Konzepte erarbeiten, an welchen Stellen die Einrichtung von öffentlichen W-LAN-Hotspots sinnvoll ist. Die Verwaltungsgebäude sollen dafür Vorbilder sein: Öffentliche W-LAN-Hotspots sollen zumindest in den für den Besucherverkehr bestimmten Räumen von Ämtern eingerichtet werden.

E-Government forcieren

Betriebe und Bürger wünschen die Möglichkeit, weitestgehend alle Services von Verwaltungen online und mit mobilen Endgeräten nutzen zu können. Es geht darum, zeitraubende Behördengänge zu vermeiden, schneller Informationen und Entscheidungen zu erhalten und mehr Planungssicherheit zu bekommen. Der Aufbau von E-Government-Angeboten muss beschleunigt werden. Die Bürgermeister sollten dies zur Chefsache machen.

Bei der Digitalisierung der Verwaltungsprozesse wurden die Bedürfnisse der Nutzer lange Zeit zu wenig beachtet. Das soll sich mit dem Onlinezugangsgesetz ändern: Bis 2022 sollen alle Verwaltungsleistungen in Deutschland über Verwaltungsportale auch digital angeboten werden. Dazu gehört auch ein einheitliches Login – ein Nutzerkonto, mit dem man vom polizeilichen Führungszeugnis bis zum Elterngeld alles an einem Ort und mit wenigen Klicks beantragen kann.

Den Betrieben sollten möglichst alle Daten und Fakten der örtlichen Verwaltungen, die für unternehmerische Entscheidungen erforderlich sind, online angeboten werden. Beispielsweise sollte die Arbeitsvermittlung die wichtigsten Kennziffern zur Verfügbarkeit von Fachkräften einer Region online zugänglich machen. Zudem muss in allen Kommunen gewährleistet sein, dass im Internet leicht einsehbar ist, ob und wo verfügbare Gewerbeflächen vorhanden sind. Auf allen föderalen Ebenen ist mehr Tempo erforderlich, damit diese Vorhaben bis 2022 umgesetzt werden. Die kommunalen Parlamentarier müssen dafür die Voraussetzungen in ihren Etats schaffen.